

Erosionstendenzen an der Basis der

Studie Die Schweizer Parteien haben in den letzten Jahren rund einen Fünftel ihrer Basis

Die Parteien haben immer mehr Mühe, für die Besetzung von Ämtern geeignete Kandidaten zu finden. In kleineren Gemeinden dürfte das Milizsystem an seine Grenzen stossen. Längerfristig führt die nachlassende Verankerung der Parteien zu weniger politischer Stabilität.

ANDREAS LADNER UND URS MEULI, SOZIOLOGISCHES INSTITUT UNIVERSITÄT ZÜRICH

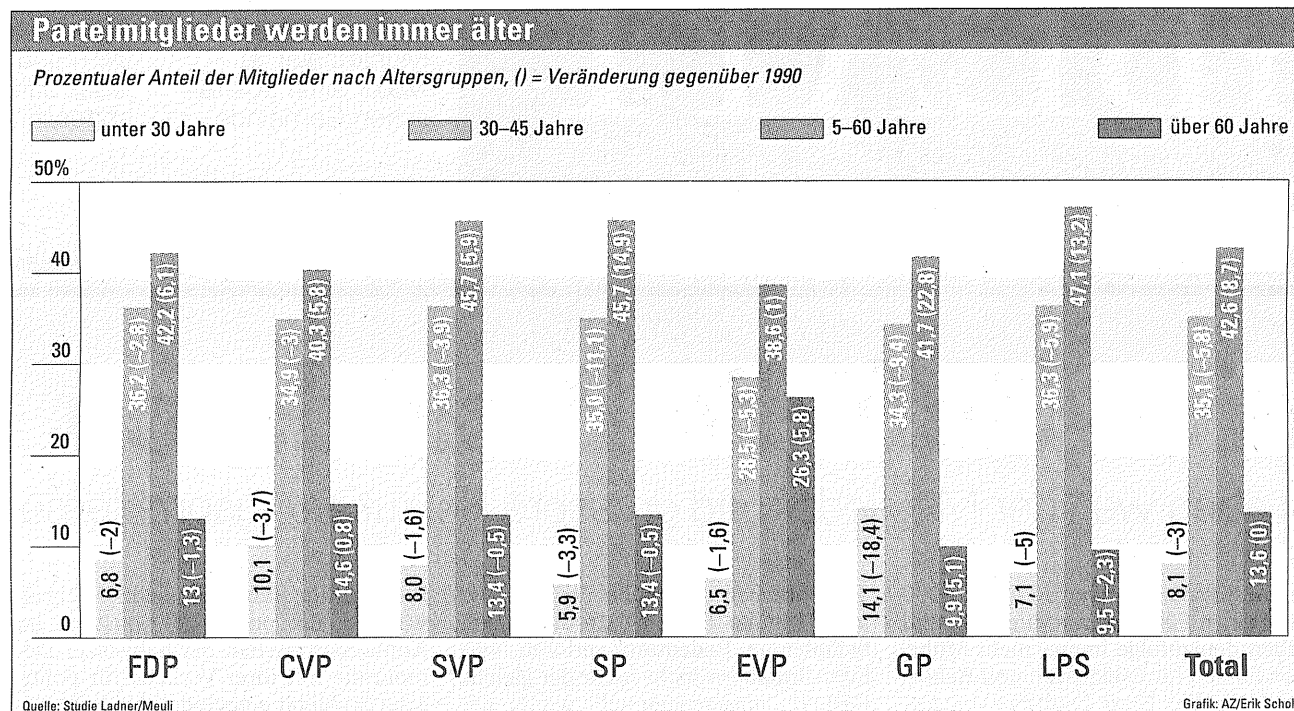
Die Lokalparteien bilden die eigentliche Basis der Schweizer Parteien. Sie organisieren die Parteimitglieder, rekrutieren die Parteikader, tragen zur Finanzierung der Partei bei und sichern die Verankerung der Partei in der Wählerschaft. Insgesamt dürften in der Schweiz etwas mehr als 5000 lokale Parteiorganisationen existieren. Angesichts der beschränkten Grösse der überwiegenden Mehrheit der rund 2800 Schweizer Gemeinden – etwa 65 Prozent haben weniger als 1000 Stimmberechtigte – kann die Verbreitung der Parteien in den Gemeinden im internationalen Vergleich als relativ stark bezeichnet werden.

Ende der 1980er-Jahre waren rund 80 Prozent der Gemeinderäte Mitglied einer der vier Bundesratsparteien. In jüngerer Zeit werden wieder vermehrt Parteilose oder Mitglieder von unabhängigen lokalen Gruppierungen gewählt. Dieser Trend verläuft parallel zu Entwicklungen auf der Ebene der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger. Dort bestätigen Umfragen, dass die Parteibindungen zurückgegangen sind und der Anteil der Wechselwähler zugenommen hat.

Rückläufige Mitgliederzahlen

Die Schweizer Parteien sind verhältnismässig gut in der Bevölkerung verankert. Zusammen verfügten sie gegen Ende der 1990er-Jahre über etwa 300 000 Mitglieder, was rund 6 Prozent der Stimmberechtigten entspricht. Im internationalen Vergleich liegt dieser Wert im vorderen Mittelfeld. In den letzten Jahren ist die Parteibasis jedoch merklich schmaler geworden, und zwar auf allen Stufen, d.h. bei den Anhängern, den Mitgliedern und den Aktiven und quer durch alle Parteien hindurch.

Anders als FDP und CVP vermochte die SVP durch das Vordringen in die katholischen Kantone und in die Westschweiz ihre Mitgliederverluste in den



älteren Sektionen zu kompensieren, so dass eine positive Bilanz resultiert. Im Durchschnitt sind aber auch die SVP-Lokalsektionen kleiner geworden. Bei der SP, der anderen erfolgreichen Bundesratspartei der letzten Jahre, ist die Gesamtbilanz rückläufig.

Immer weniger Parteiaktivisten

Als Aktive gelten aus Sicht der Parteien diejenigen Mitglieder, die sich für die Partei engagieren und teilweise auch für Parteiarbeiten eingesetzt werden können. Sie sind die Voraussetzung dafür, dass die Partei über den Einsitz in den politischen Gremien hinaus ein gewisses Aktivitätsniveau erreichen kann. Insgesamt gelten rund ein Drittel der Parteimitglieder als Aktive, wobei zwischen den Parteien Unterschiede bestehen. Bei der SP, die deutlich höhere Ansprüche an ihre Mitglieder stellt, liegt der Anteil der Aktiven unter den Mitgliedern bei über 40 Prozent. Bei FDP und CVP ist der Anteil der Aktiven etwa bei einem Viertel. Heute können noch etwas mehr als 80 000 Parteimitglieder zu den Aktiven gezählt werden. Vor 14 Jahren war der Kreis der Aktiven in den einzelnen Lokalparteien demgegenüber deutlich grösser. Seither ist bei FDP und SVP die Zahl der Aktiven um gegen 30 Prozent zurückgegangen, bei der CVP liegt der Rückgang gar bei über 40 Prozent und auch bei der SP beträgt er noch etwas mehr als 15 Prozent.

WOZU PARTEIEN?

PARTEIEN SAMMELN

IDEEN UND INTERESSEN.

Sie formulieren sie in eine Form um, die sie für das politische System verarbeitbar macht.

PARTEIEN VERTRETEN

GRUPPEN DER BEVÖLKERUNG.

Bis in die 1960er-Jahre das Schweizer Standardmodell. Die Parteien wurden dann Volksparteien mit Programm.

PARTEIEN OFFERIEREN

POLITISCHE ANGEBOTE.

Parteien sind Gefässe, in denen machtorientierte Eliten Angebote machen. Das Beste wird sich durchsetzen.

Die Parteien werden älter

Ein grosses Problem der Parteien liegt im nachlassenden Interesse jüngerer Bevölkerungskreise, sich parteipolitisch zu engagieren. Dies hat in den letzten Jahren zu einer markanten Alterung der Ortsparteien geführt (vgl. auch Tabelle). Über alle Parteien und für jede Partei separat besehen sind die Anteile der Aktiven der beiden jüngeren Altersgruppen zurückgegangen. Machten 1990 die unter 45-Jährigen noch deutlich mehr als die Hälfte der Aktiven aus, sind sie heute mit rund 43 Prozent gegenüber den älteren Aktiven klar in der Minderheit.

Diese Veränderungen werden Folgen haben. Im Vergleich zu anderen Lebenssphären (Arbeitswelt, Sport) erfolgt die Integration in das politische System sehr spät. Erst wenn sich die Leute beruflich und privat gefestigt haben, fangen sie an, sich für die lokale

Politik zu interessieren. Der Eintritt in die etablierten Parteien vor dem 30. Altersjahr ist eher die Ausnahme als die Regel, der Anteil der unter 30-Jährigen beträgt weniger als 10 Prozent. Als Nachwuchskategorie gelten deshalb die 30- bis 45-Jährigen, während die 45- bis 60-Jährigen die Generation stellt, die die Lokalpolitik beherrscht und die Mehrheit der wichtigen Ämter in Parteien und Gemeinde einnimmt. Beunruhigend ist, dass sich das Grössenverhältnis zwischen diesen beiden bedeutendsten Altersgruppen seit 1990 umgekehrt hat. Der Anteil der 30- bis 45-Jährigen ist von 41 auf 35 Prozent zurückgegangen und liegt heute deutlich unter dem Anteil der 45- bis 60-Jährigen, der von 34 auf knapp 43 Prozent gestiegen ist. Nicht feststellen lässt sich eine verstärkte Mobilisierung der in verschiedenen Lebensbereichen immer aktiver werdenden Rentnergenerationen.

PARTEIBEFRAGUNGEN LANDESWEIT

Der föderalistische Aufbau der Schweizer Parteien erschwert den Einblick in die aktuellen Entwicklungen auf der Ebene der Lokalparteien. Selbst die nationalen Parteien sind in der Regel nicht in der Lage, verlässliche Angaben über die Zahl der Mitglieder oder die Anzahl Lokalsektionen in den einzelnen Kantonen zu machen. Auf der Basis zweier vom Schweizerischen Nationalfonds geförderter und am Soziologischen Institut der Universität Zürich durchgeführter gesamtschweizerischer Untersuchungen können erstmals die aktuellsten Trends nachgezeichnet werden. Die Erkenntnisse sind von grosser Relevanz. Sie ermöglichen nicht nur Einblick in Entwicklungen, die auf nationaler Ebene oder durch die Analyse von Wahlergebnissen nicht erkannt werden können, sondern sie erlauben es auch, einen Blick in die Zukunft zu werfen. Es kann davon ausgegangen werden, dass sich die Veränderungen an der Basis in den kommenden Jahren auch auf höherer Ebene niederschlagen werden. Die beiden Erhebungen fanden in den Jahren 1989/90 und 2003/04 statt. An den beiden Befragungen beteiligte sich jeweils rund die Hälfte der Lokalparteien. Zusätzliche Angaben zu den Untersuchungen und zahlreiche weitere Ergebnisse finden Sie unter www.socio.ch/par.

Besonders auffällig ist der Altersprozess bei den Grünen: Ende der 1980er-Jahre waren drei Viertel der Aktiven der Grünen jünger als 45, heute sind es weniger als die Hälfte. Besonders krass ist der Anteil der unter 30-Jährigen geschrumpft, nämlich von einem Drittel der Aktiven auf unter 20 Prozent. Damit unterscheidet sich heute ihre Altersstruktur nur noch geringfügig von den anderen Parteien. Aber auch die SP, die zweite Partei im linken politischen Spektrum plagen Nachwuchssorgen. Bei ihr ist vor allem die Generation der 30- bis 45-Jährigen sehr stark geschrumpft, und sie ist heute die Partei mit dem höchsten Anteil an über 45-Jährigen bei den Aktiven. Im Gefolge der 1968er-Bewe-

Parteien gefährden die Demokratie

verloren, nur die SVP legte zu, weil sie die Innerschweiz und die Romandie eroberte

Parteimitglieder

	Mitglieder 1998	Veränderung seit 1990 in Prozent
FDP	87 000	-25
CVP	74 000	-27
SVP	59 000	+13
SP	38 000	-15
GPS	6 000	-7
EVP	3 500	-4
LPS	10 000	-39
Total	300 000	-20

Quelle: Studie Ladner/Meuil Grafik: AZ/Erik Scholz

- In der Schweiz gibt es mehr als 5000 Parteisektionen

- Anteil der Bundesparteien (FDP, CVP, SVP, SP) 75 bis 80%

- Anteil andere nationale Parteien (GPS, LPS, EVP usw.) 12,5%

- Anteil gemeindespezifische Gruppierungen 12,5%



Ohne Parteien keine Demokratie Nicht nur für den politischen Willensbildungsprozess sind Parteien unersetzlich.

DOROTHEA MÜLLER/KEYSTONE

gung wandten sich viele der SP zu. Dieser Trend konnte nicht verlängert werden.

Feminisierung der Parteien

Wurde in den 1980er-Jahren der Rückgang der Parteienbasis durch den späten Einbezug der Frauen in das politische Geschehen noch kaschiert, scheint die Mobilisierung des weiblichen Geschlechts in den letzten Jahren an ihre Grenzen gestossen zu sein. So ist seit 1990 die Zahl der aktiven Frauen in den Lokalsektionen rückläufig. Allerdings ist diese negative Entwicklung primär auf die CVP zurückzuführen, bei der die Zahl der aktiven Frauen um gegen 50 Prozent geschrumpft ist. In den anderen Parteien

hat sich die Präsenz nur minim verändert, in der FDP und SVP ist sie leicht zurückgegangen, in der SP hat sie leicht zugenommen.

Die Männerzahlen bei den Parteiaktiven sind regelrecht eingebrochen, und das in praktisch allen Parteien. Am stärksten ist auch hier die CVP mit einem Verlust von mehr als 40 Prozent betroffen. Aber auch in der FDP mit einem Drittel und in SVP und SP mit einem Viertel sind die Rückgänge aktiver Männer massiv.

Zumindest eine positive Auswirkung hat diese Erosion der Männerzahlen an der Parteibasis. Die Geschlechterverhältnisse haben sich trotz Stagnation der Frauen angeglichen. Heute liegt der Frauenanteil bei den Parteiaktiven bei

rund 37 Prozent gegenüber 32 Prozent vor 14 Jahren. Bei FDP, CVP und FDP liegt der Anteil der Frauen zwischen 32 und 34 Prozent, bei der SP und der EVP bei 43 Prozent und bei den Grünen bei über 50 Prozent. Bei den bürgerlichen Parteien hat die Angleichung vor allem deshalb stattgefunden, weil der Rückgang bei den Männern deutlich grösser war als bei den Frauen. Bei der SP, wie auch bei den Grünen, stehen den Rückgängen bei den Männern aufseiten der Frauen positive Zuwachsraten gegenüber.

Rekrutierungsprobleme

Die zahlreichen kleinen Schweizer Gemeinden bringen es mit sich, dass eine beachtliche Zahl von Personen

grundsätzlich bereit sein muss, politische Verantwortung zu übernehmen. Auf Gemeindeebene dürften schätzungsweise zwischen 150 000 und 170 000 Ämter zu besetzen sein. Auch wenn nicht alle Ämter von Parteivertretern eingenommen werden, tragen die Parteien doch die Hauptlast bei der Rekrutierung der Kandidatinnen und Kandidaten.

Besonders schwer tun sich die Parteien bei der Besetzung der zeitintensiven Exekutivämter in den mittelgrossen Gemeinden. Für die prestigeträchtigen Mandate in den Städten stehen demgegenüber genügend Leute zur Verfügung. Insgesamt etwas leichter ist es bei den Sitzen in den Kommissionen, aber auch hier beträgt der Anteil

der Parteien mit Rekrutierungsschwierigkeiten noch mehr als 40 Prozent. Da diese Rekrutierungsprobleme bei allen Parteien in gleichem Masse ausgeht werden, kann davon ausgegangen werden, dass es sich um ein gesellschaftliches Phänomen handelt. Ähnliche Besetzungssorgen plagen die Lokalparteien auch bei parteiinternen Ämtern. Beinahe 50 Prozent der Lokalparteien geben an, ernsthafte Schwierigkeiten zu haben, geeignete Kandidatinnen und Kandidaten für die verschiedenen Parteiämter zu finden. Auch hier sind die Differenzen zwischen den Parteien gering. SP und CVP haben am meisten, die SVP am wenigsten Mühe, Leute für die parteiinterne Arbeit zu motivieren.

Regional-Hochburgen

Krisenindex Erosionstendenzen zusammengefasst

Nicht alle Kantone und nicht alle Parteien sind in gleichem Masse von den Erosionstendenzen und Krisenerscheinungen betroffen. Fasst man die rückläufigen Mitglieder- und Aktivanzahlen, die Rekrutierungsschwierigkeiten für Partei- und politische Ämter, die rückläufige Präsenz im politischen Leben der Gemeinde und den häufigen Rückgriff auf parteiexterne Kandidatinnen und Kandidaten zu einem Krisenindex zusammen, so ergibt sich folgendes Bild: Am wenigsten Krisensymptome zeigt mit Abstand die SVP. Danach folgen SP, CVP und FDP.

Problematische Kantone für die SVP sind vor allem BE, UR und GR, in denen sie über dem gesamtschweizerischen «Krisenmittelwert» liegt. Die SP scheint vor allem in den Kantonen BE, SZ, GL, ZG, BL, AG und TG über grössere Schwierigkeiten an der Basis zu verfügen. Bei der CVP machen sich die Erosionstendenzen in der Mehrheit der Kantone bemerkbar. Am besten scheint es den CVP-Lokalparteien in den Kantonen SZ, GR, TG, TI und VS zu

gehen. Auch bei der FDP sind in einer grossen Zahl der Kantone die Erosionstendenzen deutlich spürbar. Etwas weniger gross scheint hier der Druck in den Kantonen ZG, FR, SH, TG, TI und VS zu sein.

In kleineren Gemeinden kritischer

In der Regel gilt für die Parteien, dass der Krisenindex für die verschiedenen Parteien in den grösseren Gemeinden tiefer liegt als in den kleinen Gemeinden. Eine Ausnahme bildet die FDP. Hier weisen die Lokalparteien in den Städten mit mehr als 20 000 Einwohnern den grössten Wert auf.

Zu den Kantonen, in denen die Erosionstendenzen an der Basis über alle Parteien gesehen ausgesprochen stark sind, gehören LU, GL, SO, BL, SG und AG. Dabei gilt in der Regel, dass FDP, CVP und SP Schwierigkeiten haben, während es der SVP verhältnismässig gut geht. Im Kanton Bern zeigen sich die Erosionstendenzen bei allen vier Bundesratsparteien. Hier geht es dafür den kleineren Parteien (EVP, EDU, Grüne) eher besser. (ala/meu)

Krisenindikator

Kanton	alle	FDP	CVP	SVP	SP
ZH	4.7	5.9	6.0	3.4	4.0
BE	4.1	5.3	5.6	5.3	5.6
LU	5.3	5.7	6.7	1.6	3.9
UR	4.9	5.5	5.9	5.0	2.3
SZ	4.7	6.2	4.3	3.3	5.2
NW	4.3		5.5		
GL	5.8	5.8	5.9	4.0	6.6
ZG	3.3	0.7	5.0	2.9	5.4
FR	3.9	3.0	4.9	3.0	4.8
SO	5.7	5.4	7.0		4.9
BS	1.5				2.0
BL	5.2	5.3	5.6	3.4	6.1
SH	3.6	2.3	9.1	2.0	4.3
AR	3.5	5.7	5.0	1.8	2.0
AI	4.4				
SG	5.9	5.5	6.6	3.4	6.0
GR	3.4	4.3	1.9	4.2	3.3
AG	5.3	5.2	6.3	4.1	6.4
TG	4.2	3.7	3.0	3.4	6.6
TI	3.5	3.4	4.0		3.3
VD	2.9	4.4	0.7	1.6	3.5
VS	3.3	3.3	4.0	0.5	3.2
NE	3.6	5.0	1.3		4.0
GE	2.5		4.9	3.0	3.3
JU	4.1	5.1	3.0	0	4.6
Total	4.2	5.2	5.0	3.8	4.7

gewichtete Werte Quelle: Studie Ladner/Meuil Grafik: AZ/Erik Scholz

UND DIE ZUKUNFT?

Zwischentief oder tiefgreifender Wandel?

Wie dramatisch sind die Entwicklungen in den Lokalparteien? Handelt es sich um ein konjunkturelles Tief oder versteckt sich dahinter ein tiefgreifender Wandel der politischen Landschaft? Ganz ähnlich wie in anderen Problemfeldern gilt auch hier, dass die Klagen über die Erosionstendenzen an der Basis der Parteien auf einem hohen Niveau stattfinden. Das Schweizer Parteiensystem auf lokaler Ebene ist nach wie vor relativ vital, es gibt eine grosse Zahl an Lokalparteien und nach wie vor relativ viele Parteimitglieder. Wahrscheinlicher ist jedoch, dass die Parteien vor einer ernsthaften Krise stehen. Gesellschaftliche Veränderungen hin zu mehr Individualität und die Möglichkeit aus verschiedenen Lebensformen wählen zu können (oder müssen) haben zu einer allgemein sinkenden Attraktivität von traditionellen Institutionen geführt. Mit der Leistungsfähigkeit der Parteien steht das schweizerische politische Modell mit seiner feingliedrigen, föderalistischen Struktur auf dem Prüfstand. Der grosse Bedarf an politischem Personal in der Schweiz ist durchaus positiv. Je mehr Leute ein politisches Amt

übernehmen, desto grösser ist das soziale Kapital einer Gesellschaft, und das hat positive Auswirkungen auf das alltägliche Leben und schliesslich auch auf die Wirtschaft. Gelingt es den Parteien angesichts der dünner werdenden Personaldecke in Zukunft nicht mehr, für diese zahlreichen Ämter genügend geeignete Personen zu rekrutieren, so kann diese politische Feingliederung nicht mehr aufrechterhalten werden. Lange Zeit waren die parteipolitischen Verhältnisse in der Schweiz ausgesprochen stabil. Ursache dafür war nicht zuletzt auch die feste Verankerung der Parteien in bestimmten Segmenten der Bevölkerung. Es ist nicht zufällig, dass diese Erosionstendenzen an der Basis der Parteien in eine Zeit fallen, in der auch das Parteiensystem stärker in Bewegung geraten ist. Ohne eine feste Verankerung der Parteien in den Gemeinden sind grössere Wählerstimmenschiebungen zu erwarten. Dies macht zwar die Politik spannender, stellt aber das Konkordanzsystem mit seiner Vorliebe für stabile politische Verhältnisse vor grosse Herausforderungen. (ala/meu)